Kein Straßenbeitrag in Mörfelden-Walldorf

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Fraktion im Stadtparlament

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bis heute fanden vier Bürgerversammlungen statt, die allesamt den einhelligen Unmut in der Bevölkerung deutlich gemacht haben.

Mehr als 2.500 Unterschriften wurden gegen den Straßenbeitrag gesammelt.

Der Magistrat – mit seiner Mehrheit von SPD, Freien Wählern und FDP – zeigt keinerlei Einsicht und hat inzwischen eine Straßenbeitragssatzung vorgelegt.

Die fünfwöchige Anzeigenkampagne des Magistrats hat die Stadt 4.000,– € gekostet, von wichtigen Fragen abgelenkt und die Unklarheiten nicht beseitigt.

Für die GRÜNE Fraktion ist klar:

Der Straßenbeitrag ist wirtschaftlich nicht notwendig. Die Haushaltssituation der Stadt hat sich seit 2015 grundlegend verbessert. Der geforderte nachhaltige Haushaltsausgleich wurde mehr als erreicht, von 2015 bis 2017 wurden sogar 7,5 Mio. € mehr eingenommen als geplant. Dies sollte die Kommunalaufsicht endlich zur Kenntnis nehmen.

Der Straßenbeitrag ist sachlich nicht notwendig. In den nächsten fünf bis acht Jahren ist nach Auskunft des Bürgermeisters in Mörfelden-Walldorf keinerlei grundhafte Sanierung von Straßen geplant. Damit bliebe eine Straßenbeitragssatzung ohne finanzielle Auswirkungen.

Es ging bisher ohne Straßenbeitrag. In den letzten zehn Jahren wurden sieben größere Straßenbauprojekte im Umfang zwischen 100.000,– € und 800.000,– € über den regulären Investitionsplan finanziert.

Der Haushalt 2018 wäre auch ohne Straßenbeitrag genehmigungsfähig. Es kann nicht sein, dass der Haushalt 2018 mit einem Überschuss von gut 2,0 Mio. von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden soll, nur weil kein Straßenbeitrag erhoben worden ist.

Ist die Stadt noch Herr im eigenen Haus? Die Kommunale Selbstverwaltung ist ein in der Verfassung verankertes, hohes Gut: Das Land darf keinen Druck zur Erhebung des Straßenbeitrags ausüben.

Die GRÜNEN fordern:

- **Die Straßenbeitragssatzung darf am 19. Dezember nicht beschlossen werden.**
- **Das Stadtparlament muss der Auflage der Kommunalaufsicht zur Einführung einer Straßenbeitragssatzung zum 1.1.2018 deutlich widersprechen.**
- **Gestützt auf den ausdrücklichen Willen der Bürgerschaft muss die Stadt unverzüglich in Gespräche mit Landesregierung und Kommunalaufsicht eintreten, um eine Haushaltsgenehmigung 2018 ohne Straßenbeitrag zu erreichen.**
- **Der Hessische Landtag wird aufgefordert, die „Soll"-Regelung für Straßenbeiträge in §11 des Kommunalen Abgabegesetzes, die 2013 von der CDU- und FDP-Regierung in dieser Form eingeführt wurde, zurückzunehmen.**

Diese Forderungen werden wir in die Stadtverordnetenversammlung einbringen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion im Stadtparlament
Andrea Winkler, Christina Jung, Dr. Richard Lehner, Andrea Pons, Bernhard Kinkel, Thomas Winkler